

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pabr d

Inhalt

Björn Engholm MdL kommentiert die „stern“-Untersuchung „Teenager '86: Nicht alle wollen „chic, reich und cool“ sein.“

Seite 1

Egon Lutz MdB weist den Strauß-Versuch zurück, im bayerischen Wahlkampf die Wendefolgen vergessen zu machen: Volle Mithaftung der CSU.

Seite 3

Dr. Renate Lepsius MdB fordert, das „Haus der Geschichte“ nicht der Bürokratie zu überlassen: Einfluß des Wissenschaftlichen Rates muß gestärkt werden.

Seite 5

41. Jahrgang / 170

8. September 1986

Teenager '86 - Die Wendejugend?

Anmerkungen zu einer „stern“-Untersuchung

Von Björn Engholm MdL

Vorsitzender der jugendpolitischen Kommission des SPD-Partei-
vorstandes

Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag

Nach der verlorenen Generation, der skeptischen Generation, der Beat-Generation nun - laut „stern“ - die „unbekannte Generation“? Zweifel sind erlaubt, denn immerhin liegen umfangreiche jugendsoziologische Untersuchungen aus den letzten Jahren vor, etwa die Shell-Studie von 1985. Allerdings: Die meisten Studien beschäftigen sich mit jungen Menschen zwischen 15 und 25 Jahren.

Verdienstvoll ist daher, daß der „stern“ den jüngeren Teil der Jugend in der Bundesrepublik von Allensbach befragen ließ, die Zwölf- bis Sechzehnjährigen.

Demoskopische Untersuchungen dieser Altersjahrgänge erfordern allerdings besonders sensible Fragestellungen, sonst erhält man Plattheiten. Schließlich will jeder gute Freunde, einen sicheren Arbeitsplatz und ein gutes Einkommen haben.

Um die Noelle-Neumann-Untersuchung ausführlich beurteilen zu können, müßte man den methodischen Aufbau kennen. Doch auch so lassen sich mit Vorbehalt einige Anmerkungen machen:

- Die Studie bestätigt den privatistischen Rückzug vieler Jugendlicher aus dem öffentlichen, dem politischen Leben. Auch die Vielfalt der „kleinen Fluchten“ in einen facettenreichen Konsum ist schon bekannt.
- Der Parka-Jeans-Einheitslook der 60er Jahre ist vorbei. Identität wird weniger durch eine politische und berufliche Perspektive gewonnen, sondern durch Zugehörigkeit zu einer Freizeit-Subkultur: Grufti-Ausstattung oder Kaschmir-Look mit dem Blick auf eine Yuppi-Zukunft.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Es ist nicht überraschend, daß Jugendliche zwischen zwölf und 16 Jahren auf die Frage, welche Partei ihnen gefalle, mehrheitlich



antworten: „Keine.“ Oder: Sie hätte sich „noch nicht entschieden“. Umfassende Untersuchungen bestätigen dies, machen aber auch deutlich, daß das Interesse an Politik und Parteien mit wachsendem Alter größer wird.

Eine Gefahr für die Weiterentwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik wäre es allerdings schon, wenn der Rückzug Jugendlicher aus dem öffentlich-politischen Leben über längere Zeit anhielte. Mangelhafte Erfahrung mit der Praxis demokratischen Handelns und der Rückzug aus dem Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten machen nämlich anfällig für simple politische Konzepte.

Wenn 47 Prozent der befragten Jugendlichen der Behauptung „Es gibt bei uns zu viele Ausländer“ zustimmen und jeder Fünfte meint, Länder, denen es nicht so gut gehe, seien meistens selbst daran schuld, ist das ein Warnsignal. Und ein Beweis für das Versagen der Parteien und der politischen Bildung an den Schulen.

Die „stern“-Studie zeigt vor allem die ganz normale, aber bedenkliche Reaktion junger Menschen auf einen grundlegenden ökonomischen und gesellschaftlichen Trend: Die alte industrielle Gesellschaft mit einer immer schnelleren Freisetzung menschlicher Arbeitskraft und damit der Zunahme gewollter oder ungewollter Freizeit. Die Antworten der jungen Menschen auf die Frage nach ihrem Traumleben werten die Arbeit deutlich ab und spiegeln somit diese Entwicklung wider.

Das hätten sich die 68er, die Eltern der befragten 86er, nicht träumen lassen. Die Aufmüpfigen von vor 20 Jahren schnitten politische Zöpfe ab, die „unbekannte Generation“ von heute tut sich nur noch im modischen Styling hervor. Dem Freiraum zum Experimentieren mit der Selbstdarstellung steht die Verweigerung der Übernahme von Verantwortung gegenüber - ganz im Sinne der Wende-Politiker. Eine Gesellschaft aber ohne politische, soziale Phantasie ihrer Jugend verarmt.

Die „stern“-Untersuchung läßt das erahnen.

Weiter so Deutschland? Nein danke, vor allem nicht in einem Land, in dem Ende vergangenen Monats bundesweit allein 159.000 junge Menschen unter 20 als arbeitslos registriert waren.

Jedoch: Der bevorstehende Aktionsherbst der Gewerkschaftsjugend gegen Massenarbeitslosigkeit, die Aktivitäten vieler anderer Jugendgruppen im Umweltschutz für den Frieden und im sozialen Bereich, das Engagement des Jugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt, der uns nahestehenden „Naturfreunde“ sowie der „Falken“ und ihre Fröhlichkeit in den gerade beendeten Zeltlagern lassen erwarten, daß viele junge Menschen noch andere Ziele und Hoffnung haben als „chic, reich und cool“ zu sein.

(-/8.9.1986/va-he/rs)

* * *



Volle Mithaftung der CSU

Strauß will im Wahlkampf Wende-Folgen vergessen machen

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Die übliche Strategie der CSU ist offensichtlich: Nicht seines cholерischen Temperamentes wegen haut der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident wider die Bonner Regierenden auf den Putz, sondern weil der Bayern-Schwarze im Landtagswahlkampf vergessen machen will, daß seine Partei alles das mitzuverantworten hat, was derzeit in der Bundespolitik geschieht beziehungsweise nicht geschieht. Gerade in der Landwirtschaftspolitik zeigt sich das überdeutlich schon durch die Person des verantwortlichen Bauern-Ministers. Aber das gilt auch in der Innenpolitik, in der Rechtspolitik und in der Sozialpolitik. Und zwar nicht nur nach dem Mötto: Mitgegangen, mitgefangen. Es gilt, weil der Ober-Bayern die Wende in Bonn gewollt und mit herbeigeführt hat. Und es gilt, weil die Bonner sozialpolitischen Freveltaten samt und sonders in München mitausgeheckt worden sind beziehungsweise reinstem bajuwarisch-erkonservativem Gesellschaftsverständnis entsprechen.

Oder um es andersherum zu sagen: Die bayerischen Rentnerinnen sind beim Baby-Jahr nicht etwa durch preußisch-pfälzische Ränke über den Löffel balbiert worden, da waren auch weiß-blaue sozialpolitische Schmuddelkinder dabei. Und die hatten sogar den traurigen Mut, im Ausschuß den rentenpolitischen Zynismus der Wende-Koalition als sozialpolitischen Fortschritt zu preisen.

Oder der quälende Dauerstreit um die Einschränkung der Gewerkschaftsrechte durch einen geänderten Paragraphen 116 AFG. Ist da der bayerische Arbeitsminister (wie heißt er denn gleich?) dem Norbert Blüm in den Arm gefallen oder hat sein Boß von München aus die Notbremse gezogen? Nichts dergleichen. Straußens Kritik gipfelte in der Unverfrorenheit, seiner Koalition in Bonn vorzuwerfen, zu spät mit den Änderungen auf den Markt gekommen zu sein. Oder zu nahe an den Wahltermin. Das ist schon Chuzpe im Quadrat.

Oder das Ladenschlußgesetz: Natürlich hat man aus München gemosert, als das bestehende Recht aufgeweicht wurde. Schließlich wollte man diesen gesetzgeberischen Unsinn nicht vor den einheimischen Ladenbesitzern rechtfertigen müssen. Aber zugelassen hat man es doch. Es wäre ein leichtes gewesen, dem Wechselbalg mit dem Prädikat „absolut ungenügend“ das Lebenslicht auszublasen.



Die Untätigkeit in der Beschäftigungspolitik - sie wird voll konservativer Begeisterung von den Schwarzen im weißblauen Freistaat mitgetragen und damit auch mitverantwortet. Selbst die Tatsache, daß - von den hochtechnisierten Regionen um München herum einmal abgesehen - Bayern alljährlich Negativrekorde auf dem Arbeitsmarkt vermelden muß, hat an diesem Starrsinn nichts ändern können. Bayerns beschäftigungspolitischer Beitrag in seinem Armenhäusern ist die atomare Wiederaufarbeitungsanlage von Wackersdorf. Von der die Einheimischen mit sicherem Gespür für Realitäten sagen: „Wenn die WAA was Gescheites wäre, würde man sie nie in der Oberpfalz ansiedeln.“

Oder führen wir zum Exempel Bayerns Beitrag zur Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes, des Mutterschutzes, des Rechts der Schwerbehinderten oder zum Gesetz zur Verschlechterung des Arbeitsvertragsrechts (des sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetzes) an. Hat Bayern auch nur ein einziges Mal Nein gesagt? Hat es seinen Einfluß geltend gemacht, um die ärgsten Hämmer für die Betroffenen abzuwenden. Nichts dergleichen geschah. Voller Begeisterung beteiligten sie sich am sozialpolitischen Abbruchunternehmen Blüm und Co. Ja, man wird wohl nicht fehlgehen mit der Vermutung, daß die Demontagestrategie in München mit ersonnen worden ist.

Sämtliche Interpellationen der Sozialdemokraten im bayerischen Landtag, ihr Drängen, die Staatsregierung möge zugunsten der Arbeitnehmer über den Bundesrat intervenieren, wurden von den Schwarzen im Maximilianeum abgeblockt und verhöhnt. Bayerns Beitrag war eine einzige Ermüdung, noch tiefer zu schneiden, aus einer Ungerechtigkeit eine komplette sozialpolitische Schweinerei zu machen. Die Interessen der kleinen Leute wurden noch nicht einmal zur Kenntnis, geschweige denn ernst genommen.

Nun wachsen auch in Bayern die Bäume nicht in den Himmel. Die CSU ahnt, was sich da zusammenbraut. Sie fürchtet, daß der Watschenbaum vom Arbeitnehmer umgestoßen werden könnte und sie hat erschreckt zur Kenntnis genommen, daß auch bayerische Landsleute im Blauen Anton wild werden können, wenn man ihnen allzu oft in die Haxen tritt.

Hochmut kommt vor dem Knall - der Katzenjammer ist vorprogrammiert. Da hilft auch der Versuch nicht mehr, sich als Nischensteher zu gebärden. (-/8.9.1986/vo-he/rs)

* * *



„Haus der Geschichte“ nicht der Bürokratie überlassen

Der Einfluß des Wissenschaftlichen Rates muß gestärkt werden

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, für das die Bundesregierung Mitte August einen Entwurf eines Stiftungsgesetzes vorgelegt hat, muß dauerhaft auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stoßen. Um „einen positiven Beitrag zur Erneuerung eines die Gesamtheit der Bürger umfassenden Geschichtsbewußtseins leisten zu können“, wie es die SPD-Bundestagsfraktion in einem Entschließungsantrag bereits im November 1984 gefordert hatte, ist das geplante Museum auf eine kompetente, wissenschaftlich abgestützte und entsprechend legitimierte Leitung angewiesen.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf einer Stiftung für das „Haus der Geschichte“ wird diesen Kriterien aber nicht gerecht. Die Stiftung soll vier Organe erhalten: Leitendes Organ wird ein Kuratorium sein, das aus Mitgliedern der Bundesregierung, Vertretern der Länder und Mitgliedern des Deutschen Bundestages besteht. Die Geschäfte der Stiftung wird ein Direktor führen. Als „beratende“ Organe sind ein Wissenschaftlicher Beirat und ein Arbeitskreis „gesellschaftspolitisch relevanter Kräfte“ vorgesehen.

Im Regierungsentwurf ist das achtzehnköpfige Kuratorium das eigentliche politische Steuerungsgremium mit Personal- und Finanzkompetenz. Der Direktor der Stiftung ist allein dem Kuratorium verantwortlich. Er ist politisch abhängig vom Kuratorium und an keinerlei Kompetenzen des Wissenschaftlichen Beirates gebunden, der lediglich eine Feigenblattfunktion erhalten hat. Das Kuratorium wird durch einseitige bürokratische Orientierung beherrscht. Wieder ist gouvernementales Denken der Bundesregierung durchgeschlagen: Das Verhältnis zwischen Bürokraten und Parlamentariern ist nach dem Gesetzentwurf eines von 12:6!

Ist der Wissenschaftliche Beirat kompetenzlos und eigentlich nur ein Dekor, so wurde der Arbeitskreis gesellschaftlich relevanter Kräfte als eine politische Puffereinrichtung geplant, deren heterogene Zusammensetzung auch keine gemeinsame Willensbildung erwarten läßt. Er erinnert an die Zusammensetzung eines Rundfunkrates.

Aus dieser Dominanz des Kuratoriums, in dem die von der Bundesregierung benannten Mitglieder die politischen Entscheidungen - an die jeweilige Regierungsmehrheit gebunden - bestimmen werden, ergibt sich ein direktes Durchschlagen der politischen Mehrheitsverhältnisse auf die Museumspolitik. Damit wird die Gestaltung und Entwicklung des Museums von Personen geprägt, die der Tagesopportunität der Bundesregierung unterliegen und nicht an eine wissenschaftliche Kontrolle gebunden sind.

Eine solche Konstruktion für das Haus der Geschichte ist abzulehnen. Es ist eine Organisationsstruktur zu empfehlen, die dem Museum eine größere Autonomie gibt und es in eine vielseitigere, nicht allein politische, sondern auch wissenschaftliche Vermittlung stellt.

Um eine höhere Elastizität innerhalb der Stiftung zu erreichen, schlage ich vor, durch die Reduzierung der Zahl der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Mitglieder die Macht des Kuratoriums abzuschwächen und das Kuratorium durch höhere Kompetenzen des Wissenschaftlichen Beirats einzubinden.



Das heißt konkret:

1. Das Kuratorium

Ich schlage eine Reduzierung der Anzahl der von der Regierung zu benennenden Mitglieder von sechs auf drei und gleichzeitig der Gesamtmitgliederzahl von achtzehn auf fünfzehn vor. Dadurch würde sich bei der gegenseitigen Bundestagsmehrheit ein Verhältnis von neun CDU/CSU zu zwei FDP zu vier SPD-Vertretern ergeben, statt zwölf CDU/CSU zu zwei FDP zu vier SPD-Vertretern nach dem Gesetzentwurf der Regierung. Auf diese Weise ist eine größere Lebendigkeit und Elastizität der internen Diskussion sowie eine höhere Kompromißbereitschaft im Kuratorium zu erwarten und das Gewicht der Parlamentarier zu stärken.

2. Der Direktor

Damit es dem Direktor leichter möglich ist, die interne Gestaltungs- und Planungskompetenz des Museums zur Geltung zu bringen, sollte seine einseitige Abhängigkeit vom Kuratorium vermindert werden. Zu diesem Zweck empfiehlt sich die Verstärkung des Einflusses des wissenschaftlichen Beirates, damit die Person des Direktors neben seiner politischen auch eine wissenschaftliche Legitimierung erfahren würde.

3. Wissenschaftlicher Dienst

Um die Aufnahme von stärker fachbezogenen Argumenten bei der Entscheidungsfindung des Kuratoriums zu gewährleisten, sind dem Wissenschaftlichen Beirat ausdrücklich Anhörungsrechte bei seiner personellen Ergänzung, bei der Bestellung des Direktors sowie bei der Planung und bei Maßnahmen von grundlegender Bedeutung einzuräumen.

Die Zusammensetzung des ersten Wissenschaftlichen Beirates sollte bereits im Gesetz eine Grundbestimmung enthalten, so daß über eine interfraktionell zu vereinbarende Regelung, für die die Autorität des Bundespräsidenten in Anspruch genommen werden sollte, die Benennung erfolgen könnte. Auf keinen Fall sollte das Kuratorium, das wohl von seiten der Bundesregierung bereits ins Auge gefaßt ist, auch noch durch Selbststeuerung den Wissenschaftlichen Beirat bestimmen.

Mit diesem Vorschlag erhält auch der Bundestag wieder einen größeren Einfluß auf das Gesetzesvorhaben. Wir als SPD-Bundestagsfraktion werden wieder einbezogen in die Diskussion um die Gestaltung des Museums, nachdem der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Jochen Vogel gegenüber dem Bundestagspräsidenten eine Benennung von Vertretern für das Kuratorium unter den bisherigen Prämissen ablehnen mußte. Bei einer Korrektur des Stiftungsgesetzes, etwa in der vorgeschlagenen Form, würde die SPD-Fraktion in die Lage versetzt, sinnvoll im Kuratorium für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Das ist unter den gegenwärtigen neokonserverativen Machtverhältnissen unsere Aufgabe als Opposition.

(-/8.9.1986/vo-he/rs)

* * *

